
Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Regierungspräsidium Kassel
Bezügestelle
Postfach 10 41 29
34041 Kassel

Antrag auf amtsangemessene Alimentation für das Kalenderjahr 2022

Geschäftszeichen _____

(auf dem Bezügenachweis oben rechts)

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Beachtung des Grundsatzes zur „zeitnahen Geltendmachung“ besoldungsrechtlicher Ansprüche beantrage ich vorsorglich, mir rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 und für die Folgejahre eine Besoldung zu zahlen, die den Grundsätzen der amtsangemessenen Alimentation entspricht.

Die hessischen Beamtinnen und Beamten sind seit Jahren von der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst abgehängt. Im Jahr 2015 wurde die Besoldung gar nicht, zum 1. Juli 2016 lediglich um 1 % (mindestens 35 Euro) erhöht. Dagegen wurden die Entgelte der Tarifbeschäftigten des Landes Hessen zum 1. März 2015 um 2 % und zum 1. April 2016 um 2,4 % (mindestens 80 Euro für die Entgeltgruppen bis EG 9) erhöht. Die - zeitlich verzögerte - Übertragung des Tarifergebnisses 2017 mit einer Erhöhung der Bezüge ab dem 1. Juli 2017 um 2 % (mindestens 75 Euro) und die Erhöhungen seit dem Jahr 2018 können die Defizite aus den Vorjahren nicht kompensieren und führen im Ergebnis auch im Kalenderjahr 2022 zu einer Unteralimentation. Daher mache ich hiermit vorsorglich meinen Anspruch für das Jahr 2022 geltend.

Dass die durch das Bundesverfassungsgericht genannten Voraussetzungen für eine amtsangemessene Mindestalimentation derzeit eingehalten sind, ist insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 (2 BvL 4/18) und die Beschlüsse des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 30. November 2021 nicht zu vermuten. Darüber hinaus sind die Urteile der ersten Instanz (VG Frankfurt vom 12. März 2018) noch nicht rechtskräftig. Eine Anpassung der Besoldung zur Herstellung der Verfassungsmäßigkeit wurde durch das Land Hessen erst für die Jahre 2023 und 2024 angekündigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die Bearbeitung meines Antrags bis zu einer Entscheidung des hessischen Gesetzgebers zurückgestellt wird. Daher bitte ich um eine **schriftliche Bestätigung des Eingangs meines Antrages** sowie eine Erklärung Ihrerseits, dass **auf die Einrede der Verjährung verzichtet** wird.

Ort , Datum, Unterschrift